



Dort beginnt das Problem. Ein Beispiel dafür ist der junge Asylbewerber, der eine Maurerlehre absolviert. Nach einem harten Arbeitstag muss er abends auch noch in den Deutschkurs. Es verwundert nicht weiter, dass der Lehrling dem Kurs aufgrund seiner Erschöpfung nicht mehr folgen kann. Für den Lehrmeister stellt sich da die Frage, weshalb der Lehrling nicht vor Beginn der Lehre Deutsch gelernt hat. Angesichts dieses Beispiels zeigt sich, dass ein Austausch der Verantwortlichen mit Arbeitgebervertretern vielleicht doch sinnvoll wäre. – Der Regierungsrat schreibt, dass von 13 Flüchtlingen, die 2018 eine Integrationsvorlehre begonnen haben, kein einziger arbeitslos sei. In dieser Statistik ist der Kanton Glarus im nationalen Vergleich Spitze. Das ist toll. Aber die weiteren rund 100 Asylbewerber werden nicht erwähnt. Dort läuft es im Kanton Glarus nicht so gut. Ziel müsste es sein, alle anerkannten Flüchtlinge möglichst schnell in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Deshalb ist die ablehnende Haltung des Regierungsrates unverständlich. Das Verbesserungspotenzial wird auch durch die Statistik für die ersten zwei Jahre aufgezeigt. Dort befindet sich der Kanton Glarus zusammen mit Jura, Nidwalden und Uri am Schluss der Rangliste. – Es gibt viele gute Arbeitgeber, die – wie der Redner auch – dazu beitragen möchten, dass Flüchtlinge selbstständig für ihren Lebensunterhalt sorgen können. Der Landrat kann dazu beitragen, dass sich die Arbeitgeber um die Ausbildung kümmern können, indem er das Umfeld optimiert. Anstatt eines blossen Austausches ist eine tatsächliche Zusammenarbeit anzustreben. Diese bringt den grössten Erfolg.

*Hans Jenny*, Ennenda, spricht sich namens der FDP-Fraktion für Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates aus. – Der Kanton Glarus ist für seine kurzen Wege bekannt. Das Beispiel eines Absolventen der Integrationsvorlehre – die Glarner Variante hat Vorzeigecharakter – im eigenen Betrieb zeigt, dass die praktischen Probleme im Alltag, die oft einen kulturellen Hintergrund haben, nicht mit einer aufgeblähten Kommission gelöst werden können. Schon heute setzt man sich beim Kanton auf breiter Ebene mit dem Thema Integration auseinander. In der Aufsichtskommission der Berufsschule in Ziegelbrücke, die auch die Aufsicht über die Integrationsangebote hat, sind die zuständigen Personen des Baumeisterverbandes, des Autogewerbeverbandes, des Verbandes der Elektroinstallateure, Vertreter der Metallindustrie, der Gastronomie und Hotellerie, der Leiter der Hauptabteilung Höheres Schulwesen und Berufsbildung sowie der Vorsteher des Departements Bildung und Kultur vertreten. Diese Kommission ist somit breit aufgestellt. Im Bereich der Pflegeberufe, in dem es ebenfalls ein grosses Angebot an Integrations-Lehrstellen gibt, ist eine vergleichbare, breit aufgestellte Kommission mit Verantwortlichen des Spitals, der Alters- und Pflegeheime, des Glarnerstegs und der Verwaltung tätig. Diese nimmt sich dem Thema Integration ebenfalls mehrmals im Jahr an. Die FDP-Fraktion ist und war immer für schlanke Strukturen. Wichtig beim Thema Integration ist die Kommunikation nach innen wie auch nach aussen. Eine weitere Kommission kann und wird nur Doppelspurigkeiten produzieren und somit den Verwaltungsapparat träger und die Wege länger machen.

*Sabine Steinmann*, Oberurnen, unterstützt namens der SP-Fraktion den Antrag Luchsinger. – Die Zusammenarbeit unter den Departementen im Bereich Integration ist vorbildlich und zeigt, dass gute Lösungen gefunden werden können, wenn man über den Tellerrand blickt. Am Gemeinschaftsprojekt Integrationsvorlehre sind die Departemente Bildung und Kultur sowie Volkswirtschaft und Inneres, die Gewerblich-industrielle Berufsfachschule sowie die Koordinationsstelle Integration für Flüchtlinge beteiligt. Dieses Projekt wurde schweizweit als sehr erfolgreich wahrgenommen. Mit der Integrationsvorlehre und einer anschliessenden Ausbildung wird nicht nur die Arbeitsintegration von Flüchtlingen unterstützt, sondern auch der Fachkräftemangel ein bisschen entschärft. So gibt es zum Beispiel auch im Pflegebereich eine solche Integrationsvorlehre. In anderen Branchen sehen das sicher auch die KMU so, die sich an diesem Projekt beteiligen. Die Gesellschaft profitiert ebenfalls von einer erfolgreichen Integration aller, die in die Schweiz kommen. – Für eine gesetzlich verankerte Integrationskommission müsste das Gesetz ergänzt werden. Der Kanton Glarus hat bisher einen pragmatischen Weg gewählt und den Austausch zwischen den Departementen aufgebaut. Dieser Weg ist nun weiterzuverfolgen. Die bestehende Arbeitsgruppe soll mit Leuten aus der Praxis erweitert werden. So, wie die Gemeinden aktuell einbezogen werden, sollen

zum Beispiel im Bereich Ausbildung Vertreter von Arbeitgeber- und -nehmerseite dabei sein sowie die Verantwortlichen für die Integrationsvorlehre. Gut integrierte Landsleute sollen generell als wichtige Schlüsselpersonen offiziell einbezogen werden. – Gemäss Artikel 81 der Landratsverordnung kann der Regierungsrat mit einem Postulat beauftragt werden, zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob eine Massnahme zu treffen sei. Trotz gegenteiligem Antrag des Regierungsrates ist die SP-Fraktion der Ansicht, dass das Postulat überwiesen und die bestehende Arbeitsgruppe wie ausgeführt ergänzt werden soll. Allerdings erfolgt eine solche Verbesserung auf bereits hohem Niveau. Der Kanton Glarus ist bezüglich Arbeitsintegration junger Menschen führend in der Schweiz. Es ist allen zu danken, die sich dafür einsetzen.

Landesstatthalter *Benjamin Mühlemann* beantragt Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates. – Der Regierungsrat berichtet ausführlich über die aktuelle Praxis, die Rollenverteilung und den Handlungsbedarf. Deshalb ist der Auftrag des Postulats im Sinne der Landratsverordnung aus Sicht des Regierungsrates erfüllt. Dieser kommt zum Schluss, dass sich die heutige Praxis bewährt. – 2015 wurde die Schweiz letztmals von einer grösseren Flüchtlingswelle erfasst. Der Kanton Glarus hat damals sehr schnell reagiert und innerhalb weniger Wochen das sogenannte Berufseinführungsprogramm aus dem Boden gestampft. Der Kanton Glarus wurde dafür als Pionierkanton gefeiert. Das gelang nicht deshalb, weil lang und breit Konzepte entwickelt und in unzähligen Gremien diskutiert wurden. Es gelang, weil Schlüsselpersonen pragmatisch und mit einfachsten Mitteln ein solches Programm zusammenstellten. Es gelang, weil die Berufsfachschule in Ziegelbrücke sehr flexibel ist. Diese beherbergt seit drei Jahren auch die Brücken- und Integrationsprogramme. Sie konnte praktisch aus dem Stand mit dem Berufseinführungsprogramm loslegen. Vor allem gelang es aber, weil sofort auf ein grosses Netzwerk von Arbeitgebern zugegriffen werden konnte. Chefs und Chefinnen aus Gewerbe und Industrie waren parat und wollten zur Integration beitragen. – 2019 haben der Bund und die Kantone die sogenannte Integrationsagenda verabschiedet. Darin werden auch gemeinsame Ziele formuliert. Demgemäss sollen nach fünf Jahren zwei Drittel der jungen Flüchtlinge eine Lehre oder eine Vorlehre absolvieren; nach sieben Jahren sollen 50 Prozent im Arbeitsmarkt integriert sein. Die meisten Kantone sind von diesen Zielen weit entfernt. Sie werden die Ziele mitunter deutlich nicht erreichen. Der Kanton Glarus hingegen übertrifft diese Ziele. Er führt die Rangliste an und weist eine Erwerbsquote von fast 60 Prozent auf. Das Glarner Modell des Berufseinführungsprogramms hat sich in den vergangenen fünf Jahren verbreitet. Der Bund hat die Glarner Konzepte im Rahmen der Entwicklung der Integrationsvorlehre teilweise übernommen. Dieses Programm wird nun auf EU- und EFTA-Staatsangehörige erweitert. Parallel zur Schärfung des Angebots wurde auch auf der Nachfrageseite intensiv gearbeitet. Für jede Person, die für ein solches Programm in Frage kommt, wird sehr bald nach der Ankunft differenziert das Potenzial erhoben und ein massgeschneidertes Bildungs- und Arbeitsintegrationsprogramm erarbeitet. Die Entwicklung dieser Personen wird im Anschluss laufend beobachtet. Die Fachstellen unternehmen enorm viel, um möglichst viele Flüchtlinge in eine Ausbildung oder mindestens in den Arbeitsmarkt bringen zu können. Leider gelingt das nicht immer. Die Gründe dafür sind unterschiedlich. Das Absolvieren einer Ausbildung und Arbeit an sich ist streng. Die Arbeitgeber fordern viel, was aus Sicht des Regierungsrates legitim ist. Wenn das Gastland eine solch grosse Chance bietet, soll man auch etwas dafür tun müssen. – Es geht hier nicht darum, sich in Eigenlob zu ergiessen. Aber die Zahlen zeigen ein anderes Bild als das Postulat. Dieses zieht den Kanton Graubünden als Musterknaben heran. Der Kanton Glarus steht dem Kanton Graubünden jedoch in nichts nach. Im Gegenteil: Glarus ist bezüglich der Arbeitsintegration von Flüchtlingen vorbildlich unterwegs – auch ohne Spezialkommission. Das ist nicht in erster Linie das Verdienst von ein paar Politikern, Gesprächszirkeln oder Strategiegremien. Es ist vielmehr das Verdienst vieler engagierter Leute aus dem Gewerbe, der Industrie, aus den Schulen und der Verwaltung, die bestens vernetzt sind. Und es ist nicht zuletzt das Verdienst vieler Freiwilliger, die sich um Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene kümmern. Sie helfen beim Erlernen der Sprache oder bei der Suche nach einem Praktikums- oder Ausbildungsplatz. Die Zusammenarbeit findet schon heute statt. Die Gemeinden sind an Bord. Mit ihnen unterzeichnete der Kanton eine Leistungsvereinbarung. Die

Gemeinden können Projekte eingeben. Es gibt finanzielle Mittel dafür. – Man kann sich immer verbessern. Die Erwerbsquote darf gerne noch höher sein. Das senkt auf der anderen Seite die Sozialhilfequote. Eine Verbesserung wird aber sicher nicht mit einer Aufblähung des Apparats erreicht.

**Abstimmung:** Der Antrag des Regierungsrates obsiegt über den Antrag Luchsinger mit 31 zu 22 Stimmen.